



Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes e.V.

Tarifrunde 2016 – Bund und Kommunen verweigern den Beschäftigten im öffentlichen Dienst notwendige Tarifierhöhungen

ak.mas fordert Caritas-Beschäftigte auf, ver.dis Tarifforderungen weiterhin zu unterstützen

Am 21. März fand in Potsdam die erste Tarifrunde des öffentlichen Dienstes statt – sie endete ergebnislos. Es gab kein Angebot oder Entgegenkommen der öffentlichen Arbeitgeber des Bundes und der Kommunen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Im Gegenteil – bei der Zusatzversorgung fordert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sogar Abstriche. Die Arbeitgeber lehnen ver.di Forderungen als völlig überhöht ab: Kommunen würden dadurch über alle Maßen belastet. ver.di hingegen argumentiert mit steigenden Steuereinnahmen und dem Lohnrückstand zur Gesamtwirtschaft seit dem Jahr 2000 um 3,8 Prozentpunkte.

Nicht nur der öffentliche Dienst braucht qualifiziertes Personal – auch für die Caritas sind höhere Entgelte für eine verbesserte Konkurrenzfähigkeit und die künftige Gewinnung von Fachkräften notwendig!

Folgende Positionen der Gewerkschaft und der Arbeitgeber stehen sich gegenüber:

Gewerkschaft

Arbeitgeber

Tabellenerhöhung um 6 Prozent.	<> Kein Angebot! Forderung sei überhöht, es gäbe keine Personalgewinnungsprobleme, kein Nachholbedarf gegenüber der privaten Wirtschaft.
Erhöhung der Entgelte für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten um 100 Euro.	<> Kein Angebot! Forderung von ca. 11 Prozent sei überhöht.
Unbefristete Übernahme der Auszubildenden im erlernten Beruf	<> Kein Angebot! Hätten Interesse an „guten Leuten“. Übernahmezusage an Alle wirke demotivierend.
Arbeitgeberbeitrag zur Steigerung der Ausbildungsqualität.	<> Hätten Aufklärungsbedarf.
30 Tage Urlaub für Auszubildende, Praktikanten/innen.	<> Die jungen Leute sollten arbeiten.
Sachgrundlose Befristungen sollen ausgeschlossen werden.	<> Ablehnung! Befristungen sicherten Beschäftigung.
Regelungen zur Altersteilzeitarbeit sollen über den 31.12. hinaus verlängert werden.	<> Kein Angebot! Es gäbe keine Nachfrage seitens der Beschäftigten. Falsches Signal – längere Lebensarbeitszeit sei erforderlich.
Keine Eingriffe in das Leistungsrecht der Zusatzversorgung!	<> Entlastung der Arbeitgeber sei erforderlich. VKA: Eingriffe in das Leistungsrecht sei unabdingbar!
Inkraftsetzung einer neuen Entgeltordnung im Bereich der VKA.	<> Angemessene Kompensation der Mehrkosten.

Was geht das Sie als Caritas-Mitarbeiter(in) an?

Der TVöD ist der Orientierungs- und Leitarrif für die Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) der Caritas. Auch die Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission (ak.mas) fordert daher für die Caritas-Beschäftigten:

1. Erhöhung der Gehälter um 6 Prozent

- > damit soziale Berufe bei der Caritas Anerkennung erfahren.
- > um dem Fachkräftemangel vorzubeugen.
- > damit die Caritas konkurrenzfähig bleibt.

2. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 €/Monat

- > Berufe in der Sozialbranche sollen für junge Menschen attraktiv sein.

3. Grundsätzlicher Verzicht auf befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund

- > für eine zukunftsorientierte Lebens- und Familienplanung.

4. Bei der betrieblichen Altersversorgung darf nicht gekürzt werden

- > Caritas-Beschäftigte sollen auch im Alter in keine prekäre Lebenssituationen geraten.

In der Tarifrunde von Bund und Kommunen gilt es deshalb auch für Caritas-Mitarbeiter(innen), Zeichen zu setzen! Denn ein vernünftiger Abschluss hier ist die Voraussetzung für ebensolche Ergebnisse bei der Caritas. Die ak.mas hat einen entsprechenden Antrag bereits am 17. März in der Sitzung der Bundeskommission eingebracht.

Deshalb fordert die ak.mas die Beschäftigten der Caritas auf:

Heute die gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen, damit morgen die eigenen Forderungen mehr Gewicht haben.

Wie geht es weiter?

Die nächsten Verhandlungen im öffentlichen Dienst finden am **11. und 12. April** statt.

Jetzt gilt es auch für Caritas-Beschäftigte, sich zu beteiligen durch: Teilnahme an Kundgebungen, Teilnahme an Demonstrationen, Info-Weitergabe oder Gewerkschaftsbeitritt.